

## SCHNELL NOCH ANMELDEN ZUR VL-TAGUNG!

**Hamburg** // Das wichtigste aktuelle politische Thema steht auch im Mittelpunkt der Vertrauensleute-Tagung des Bezirks am Samstag, 10. Februar im Bürgerhaus Wilhelmsburg. Es ist die mit Populismus und Rechtsruck verbundene angespannte gesellschaftliche Situation. Mit Spannung erwartet wird dabei auch der Beitrag von Stefan Kramer, Präsident des Verfassungsschutzes Thüringen. Neben weiteren Diskussionen und Workshops wird auch die Kampagne zur VL-Wahl vorgestellt. Den Abschluss bildet eine Schulung der Wahlvorstände. **Alle Informationen und Anmeldungen auf Seite 3.**



## WEGEN ÜBERFÜLLUNG GESCHLOSSEN ...

... werden musste die große Anti-Nazi-Demo am vergangenen Freitag in Hamburg, auf der bis zu 130.000 Menschen gezählt wurden, sodass die Polizei die Demo aus Sicherheitsgründen beenden musste. Mit dabei waren Julien Tolg (links, JAV- und Jugendreferent der IGBCE), Lennard Eschen (hinten, Vorsitzender des BJA) und seine Stellvertreterin Jana Sierck.

Zu den Veranstaltern gehörte auch die IGBCE. Landesbezirksleiter Ralf Becker und Bezirksleiter Jan Koltze waren ebenfalls dabei: „Ein sehr großes Zeichen für die Entschlossenheit der Menschen, unsere Demokratie und damit zum Beispiel auch die Freiheit der Gewerkschaften zu verteidigen“, sagten die beiden. Sie forderten die Unternehmerschaft auf, ebenfalls verstärkt Flagge zu zeigen.

**Mehr zum Thema auf Seite 3**

## GROSSE SORGE UM DIE INDUSTRIELLE WERTSCHÖPFUNGSKETTE

# IGBCE fordert stärkeres Engagement für den Standort D

**Hannover/Berlin** // Die IGBCE fordert einen breiten Investitionspakt zwischen Sozialpartnern und Politik ein, um den Standort aus der Defensive zu holen. „Deutschland muss neu durchstarten, sonst nimmt es nachhaltig Schaden und wird zum Bremsklotz für ganz Europa“, sagte der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. „Alle müssen jetzt beherzt investieren: die Wirtschaft in ihre Beschäftigten und die Binnennachfrage, die öffentliche Hand in den klimagerechten Umbau der Industrie und in verbesserte Rahmenbedingungen für den Standort.“

Besonders groß ist der Investitionsbedarf in Sachen Transformation bei den energieintensiven Industrien, an denen 2,4 Millionen Arbeitsplätze, 240 Milliarden Euro Wertschöpfung und 90 Milliarden Euro Steuer- und Sozialversicherungsabgaben jährlich hängen. Sie haben aktuell jedoch nicht nur mit einer globalen Marktschwäche zu kämpfen, sondern vor allem mit den überhöhten Energiepreisen. Diese liegen nicht nur weit über dem Vorkrisenniveau, sondern auch bei einem Vielfachen dessen, was in anderen Industrieländern aufgerufen wird. Folge: Die Produktion der Energieintensiven ist bereits um 20 Prozent geschrumpft, Anlagen werden stillgelegt, Tausende Arbeitsplätze gestrichen, ganze Standorte geschlossen.

„Es droht ein Exodus entscheidender Produktionsstufen am Beginn der industriellen Wertschöpfungskette“, berichtete Vassiliadis. Daran ändere auch das Strompreispaket der Bundesregierung nichts – zumal die Unterstützung



bei den Netzentgelten gestrichen wurde. Die Transformation dieser Branchen werde mit einer massiven Elektrifizierung der Produktionsprozesse einhergehen, günstiger Grünstrom zum entscheidenden Standortvorteil. „Wir müssen alles daransetzen, die Versorgung mit klimaneutralem Strom nicht nur schneller auszubauen, sondern ihn auch bezahlbar zu machen“, forderte Vassiliadis.

**Sorgen prägten auch den Neujahrsempfang: Seite 3**

Illustration: Markus Grolik/toonpool.com

## IN DIESEM REPORT

### Seite 2:

- Jan Koltze im Interview: Das kommt 2024 auf uns zu

### Seite 7:

- 4 neue Arbeitsrechts-Urteile

### Seite 8:

- Werben und gewinnen: Gutscheine für den Frühjahrsputz im Garten

## „Mehr als nur einen Wohlstandsverlust verhindern“

Die nächste Tarifrunde Chemie steht an. IGBCE-Betriebsrat Jan Koltze gibt erste Einblicke zu den Forderungen bei den kommenden Verhandlungen – und verweist auch auf weitere und neue Vorteile, die Mitglieder der IGBCE erhalten sollten.

**Im Januar gab es eine Lohnsteigerung um 3,25 Prozent für alle Beschäftigten der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Zu dann insgesamt 6,6 Prozent mehr Lohn kam noch eine Inflationsprämie von 3.000 Euro. 2024 geht es nun in eine neue Tarifrunde. Gibt es denn gerade im Hinblick auf die stattgefundenen Lohnsteigerungen Verbesserungsbedarf?**

Es geht ganz konkret um einen Wohlstandsverlust für die Beschäftigten in einer der wichtigsten Branchen Deutschlands. Das können wir als IGBCE nicht akzeptieren. Wir müssen und werden daran arbeiten, diese Entwicklung nicht nur zu stoppen, sondern auch umzukehren. Es wird in den Verhandlungen somit auch darum gehen, die Entgeltbedingungen der Beschäftigten zu verbessern.

**Du hast die Branche als „eine der wichtigsten Deutschlands“ bezeichnet. Weshalb ist das so?**

Die Wichtigkeit bezieht sich auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und trifft auf alle Branchen zu, die die IGBCE vertritt. Abgesehen davon, dass in der chemisch-pharmazeutischen Industrie mehr als 585.000 Menschen arbeiten – und sich schon aufgrund der hohen Beschäftigungszahl eine volkswirtschaftliche Relevanz ergibt –, kommt der Che-

mie auf dem Weg in die Klimaneutralität eine entscheidende Rolle zu. Bis 2045 muss die deutsche Industrie klimaneutral sein. Ohne Chemie, chemische Innovationen, Produkte und Entwicklungen wird dies nicht möglich sein.

**Darüber wird auch lamentiert ...**

... und das ist ein Fehler. Denn das Gute ist: Wir haben die Voraussetzungen und Möglichkeiten, dass Deutschland international zum Vorreiter einer smarten Transformation wird. Natürlich ist auch die Branche selbst nicht von der Transformation ausgenommen. Allen muss klar sein: Der Wandel gelingt nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie. Ein gemeinschaftliches und aktives Gestalten setzt qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus.

**„GEGEN DIE TRITTBRETTFAHRER“**

**Wo liegen die Herausforderungen?**

Die hohen Energiepreise und die Inflation haben dafür gesorgt, dass auch für viele Unternehmen die wirtschaftliche Situation nicht einfach ist. Wir müssen Spielräume genau ausloten und dabei die Zukunftsfähigkeit der Branche immer im Blick behalten. Letztlich müssen alle Vertrags- und Verhandlungsparteien zusammenkommen. Die Arbeitgeberseite muss jedoch verstehen, dass eine Tarifbindung auch in ihrem Interesse ist. Attraktive Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen sind zukunftsorientierte Investitionen. Dies ist darüber hinaus auch eine wichtige Komponente, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Unsichere Arbeitsplätze sind Innovationsbremsen und für die Identifikation mit dem Unternehmen, und damit auch für dessen



Foto: IGBCE

wirtschaftliche Entwicklung, schädlich. Außerdem müssen wir bei den Verhandlungen die Zukunftsprojekte auf den Tisch bringen, auf die wir uns in der letzten Tarifrunde mit den Arbeitgebern verständigt hatten, denn von Arbeitgeber-Seite ist diesbezüglich bisher wenig bis nichts geschehen.

**Wie sieht es mit besonderen Vorteilen für IGBCE-Mitglieder aus? Werden diese in der anstehenden Tarifrunde eine Rolle spielen?**

Die IGBCE hat erfolgreiche Verhandlungen geführt, die zu einem beständigen Lohnzuwachs für alle Beschäftigten geführt haben – und zwar inklusive Sonderzahlungen und anderem mehr oberhalb der Inflationsrate. Was oft vergessen wird: Weiterhin sind wir mit Punkten wie „Zeit statt Geld“ und zuletzt mit Tarifbrücke und Inflationsgeld innovative Wege gegangen. Was allerdings bedauerlich ist, ist, dass sich unsere Erfolge nicht im Zuwachs der Mitgliederzahlen widerspiegeln. Insofern ist vermehrt die Rede von „Trittbrettfahrern“, also Beschäftigten, die von der IGBCE profitieren, ohne sie zu unterstützen. Für unsere Mitglieder wird dies aus verständlichen Gründen als ungerecht empfunden. Deswegen setzen wir vermehrt auf Vorteile für unsere Mitglieder, wie etwa bei Einmalzahlungen oder wenn es um freie Zusatztage geht. Auch in der Tarifrunde 2024 werden wir auf Vorteile setzen, die ausschließlich unseren Mitgliedern zugutekommen.

# Haltung zu zeigen: Im Betrieb auch eine Aufgabe unserer aktiven Mitglieder

**Hamburg // Zwei wesentliche und aktuelle Blöcke prägen die bezirkliche Vertrauensleutekonferenz 2024, die am Samstag, 10. Februar, von 9:00 bis 15:00 Uhr im Bürgerhaus Hamburg-Wilhelmsburg stattfinden wird: die mit Populismus und Rechtsruck verbundene angespannte gesellschaftliche Situation und die Vorbereitung der Vertrauensleutewahl 2024, die von März bis Juni stattfinden wird. Anmeldungen sind noch bis Ende dieser Woche möglich.**

Bezirksleiter Jan Koltze zu den Wahlen: „Gerade jetzt ist es wichtig, dass sich möglichst viele Kolleginnen und Kollegen an der Konferenz beteiligen. Wir wollen zum einen den Fokus auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung unsere Gesellschaft legen und erarbeiten, welche Schnittpunkte es mit der VL-Arbeit und mit der Meinungsbildung im Betrieb gibt. Und für die alten und neuen Vertrauensleute gilt: In den nächsten vier Jahren müssen und werden wir gemeinsam viel bewegen. Es geht um Transformation, es geht um gute Arbeit, konkret im Betrieb. Wenn wir gute Arbeit wollen, mit guter Bezahlung und sicheren Arbeitsplätzen in der sich verändernden Welt, dann können wir das niemals allein, sondern nur gemeinsam erreichen.“



Zum Auftakt der Tagung spricht Petra Adolph, stellvertretende Landesbezirksleiterin. Ihr Thema: „Demokratie unter Anspannung: Unsere Aufgabe als Gewerkschafter\*innen“.



Ebenfalls mit besonderer Spannung erwartet wird der Beitrag von Stephan J. Kramer, Präsident des Verfassungsschutzes Thüringen zum Thema „Wohin geht die freiheitlich-demokratische Grundordnung – Reichsbürger, VDS und andere Feinde der Demokratie“. Kramer definiert „VDS“ so: „Sie wollen grundsätzlich einen Systemwechsel, lassen sich aber ideologisch weder im klaren Rechtsextremismus noch im klaren Linksextremismus verorten. Das sind Feinde unserer Verfassung. Und in-



sofern wurde der neue Phänomenbereich ‚verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘, kurz VDS, ins Leben gerufen.“ Koltze, Adolph und Kramer gehen anschließend in einen Speed Talk zum Thema „Haltung zeigen – im Betrieb und in der Gesellschaft“. Der zweite thematische Schwerpunkt ist die Vorstellung der Kampagne zu den Vertrauensleute-Wahlen durch Michael Porschen, Abteilung Betriebspolitik in der Hauptverwaltung der IGBCE. Anschließend gibt es eine Reihe von Workshops, bevor im Plenum die Ergebnisse des Tages zusammengefasst werden. Mit dabei sind auch Harald Berndt, Konfliktmanager und Mediator, Oliver Venzke, Chef der Abteilung Bildung, Sebastian Chemnitz, Bildungsreferent für Rechtsextremismus, Prävention und Demokratieförderung, Beate Rohrig vom IGBCE-Projekt „PIDA“, Denis Stihler, Abteilung moderne Organisation, und Heiko Groepler vom DGB Nord.

**Wer sich noch nicht angemeldet hat, bitte schnell mailen an:**  
anmeldung.bezirk.hamburg@igbce.de

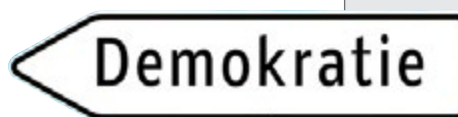
**Haltung zeigen – Im Betrieb und außerhalb! VL-Konferenz 2024:**



## ES STEHT ZU VIEL AUF DEM SPIEL!

**Hamburg //** In wenigen Tagen startet die IGBCE Hamburg/Harburg ihre Aktion „Sozialpartner, gemeinsam gegen den Populismus“. Sie hat aufgrund der jüngsten Entwicklungen mit dem Potsdamer Geheimtreffen („Remigration“, Umsturzfantasien und AfD-Verbindungen) eine noch größere Bedeutung erhalten. Bezirksleiter Jan Koltze: „Unser Wunsch ist es, dass in den Betrieben eine gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verfasste Erklärung für Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz verabschiedet wird. Diese Werte gilt es, überzeugend an die Beschäftigten heranzutragen.“

Er fügt hinzu: „Auch Unternehmen sind keine politikfreien Räume, denn hier arbeiten Menschen und sie bringen ihre Meinungen mit. Jedoch: Wenn es politisch heikel wird, schweigen deutsche Firmen gerne. Diesen Fehler dürfen sie gerade heute nicht machen. Ich freue mich, dass es im ersten Unternehmen entsprechende Vorstöße des Managements gibt, die sich gegen Populismus und AfD wenden. Es steht zu viel auf dem Spiel. Das kann auch gut Thema der nächsten Betriebsversammlung sein.“



## AUFSICHTSRATSWAHL BEI BEIERSDORF AUF ALLEN KANÄLEN



Foto: IGBCE

**Hamburg //** Zur Aufsichtsratswahl im Beiersdorf-Konzern im Februar treten Jan Koltze (rechts) und Isabel Eder (links) auf allen Kanälen an: Persönlich auch frühmorgens an den Standorten, 24/7 digital und analog mit Flyern. Das Ziel ist es, möglichst viele der Wahlberechtigten anzusprechen, um beide der Gewerkschaft zustehenden Plätze im Aufsichtsrat zu erringen. Bislang ist Jan hier der einzige IGBCE-Vertreter. Gemeinsam mit Thorsten Irtz, Konzernbetriebsratsvorsitzender, sind die beiden im Wahlkampf aktiv und bringen sich mit guten Argumenten ins Gespräch.

Unser Service für euch: Wesentliche Teile der Kampagne sind über unsere Internetseite nachvollziehbar:



## FORTSETZUNG VON S. 1

Die IGBCE fordert deshalb einen staatlich abgesicherten Pool zur vergünstigten Finanzierung des Erneuerbaren-Ausbaus, ein stärkeres operatives Engagement des Bundes bei den Netzbetreibern, eine Vorfahrtregelung für energieintensive Betriebe bei der Grünstrom-Versorgung. Ziel müsse sein, den Preis erneuerbaren Stroms für die Industrie auf 5 Cent/KWh zu drücken.

# Von Zuversicht, Wehrhaftigkeit und dem großen Industrienomadentum



Foto: IGBCE

Mehr als 500 Gäste waren der Einladung der IGBCE zum Neujahrsempfang gefolgt

**Hamburg //** Trotz Kriegen, wirtschaftlicher Verwerfungen und dem Erstarken der Rechten rief IGBCE-Chef Michael Vassiliadis beim 39. Neujahrsempfang des Landesbezirks Nord zu Zuversicht, aber auch Wehrhaftigkeit auf. Rund 500 Mitglieder sowie Vertreter\*innen aus Politik, Verbänden, Unternehmen und des DGB waren der Einladung ins Bürgerhaus Wilhelmsburg in Hamburg gefolgt.

Das Land stecke fest zwischen Vielfachkrise, globaler Nachfrageschwäche und hausgemachten Problemen, stellte Vassiliadis fest. Von den Vorgängern der gegenwärtig regierenden Ampelkoalition seien die notwendigen Weichenstellungen hin zu einer ökologischen Transformation verpasst worden. Statt mit einem Industriestrompreis die Zeit bis zum breiten Zugang zu bezahlbaren erneuerbaren Energien zu überbrücken und den Fortbestand der energieintensiven Industrieproduktion in Deutschland zu sichern, verteile die Ampelregierung nun Subventionen, denen „die Zielgenauigkeit fehlt“. Folglich plane ein Teil der Unternehmen nun tatsächlich die Standortverlagerung ins Ausland, wo die Produktion wesentlich günstiger sei. Er forderte Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, weil davon die Entscheidung der Unternehmen abhängen. Dafür müsse die Schuldenbremse reformiert oder Möglichkeiten gefunden werden, diese verfassungskonform außerhalb der Schuldenbremse zu finanzieren.

## Unternehmen des Bezirks im Fokus

In seiner Begrüßung ging Landesbezirksleiter Ralf Becker auf die Situation bei Wintershall Dea, Allnex und im Industriepark Stade (u. a. Dow, AOS) ein. Becker warnte vor „Industrienomadentum“ und verwies auf das Grund-

gesetz Art. 14: „Eigentum verpflichtet“. Ausdrücklich lobte Becker die Initiative der Stader IGBCE-Betriebsräte, die als Pionierprojekt ein Standortentwicklungskonzept auf den Weg gebracht haben, an dem sich Arbeitgeber, Kommunen und das Land beteiligt haben.

Becker sorgt sich über die wachsenden Zustimmungsraten für die AfD. Zukunftspessi-



Fotos: IGBCE

Michael Vassiliadis und Ralf Becker (re)

mismus und finanzielle Sorgen hätten bereits die breite Mitte der Gesellschaft erreicht. Das machten sich Populisten zunutze, um Schuldzuweisungen auszusprechen. Becker stellte fest, dass „diese Rechten weder eine Alternative noch eine wie auch immer definierte Basis für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft“ seien, zumal sie auch keine Lösungen für die aktuellen Probleme hätten.



## ALLNEX: WARNSTREIKS VORERST ABGEWENDET

**Hamburg //** Die Geschäftsführung von Allnex in Hamburg hat in schwierigen Verhandlungen eine feste Zusage für ein höheres Budget für ausscheidende Kolleg\*innen gegeben. Ute Sierck, IG BCE: „Ein Teil der Abfindungen wird sich über eine Abfindungsformel zusammensetzen. Die genaue Ausgestaltung muss hier noch verhandelt werden.“

Auf diese Abfindungen kommen weitere Bestandteile wie Beträge für das Langzeitkonto, Ausgleich der Verluste bei den Pensionskassen, Zuschläge für Kinder und Ausgleich für einen Grad der Behinderung sowie einen Bonus für Gewerkschaftsmitglieder.“ In den einzelnen Bestandteilen konnte noch keine Einigung erzielt werden, dennoch hat die Tarifkommission gemeinsam mit der Verhandlungskommission beschlossen, dass zunächst keine Warnstreiks erfolgen. Die Erhöhung des Budgets wurde als positives Signal für den weiteren Verhandlungsverlauf bewertet.

## Top-Thema 2024: Die Tariffucht hart angehen



Foto: privat

**Die Hamburger DGB-Gewerkschaften blicken auf ein erfolgreiches Jahr 2023 mit teils historischen Abschlüssen zurück und erwarten 2024 ein Mega-Tarifjahr:**

„Es ist überdeutlich geworden, dass Tarifverträge ein wirksames Mittel gegen die soziale Spaltung und für den Schutz der Beschäftigten sind. Deswegen sagen wir sehr nachdrücklich: Wer Tariffucht betreibt, nimmt die soziale Spaltung in Kauf, was letztlich rechtspopulistischen Kräften Auftrieb gibt. Mit 2024 steht ein Mega-Tarifjahr ins Haus, in dem wir selbstbewusst und kämpferisch für etwa 12 Millionen Beschäftigte bundesweit neue Tarifverträge verhandeln“, sagt Tanja Chawla, Vorsitzende des DGB Hamburg.

Es ist jetzt an der Zeit, der wachsenden Tariffucht der Arbeitgeber entgegenzuwirken:

„Auch Hamburger

Unternehmen entziehen sich ihrer Verantwortung und begehen Tariffucht. Nur noch 46 Prozent der Beschäftigten sind tarifgebunden. Bei Thalia, MOIA und nicht zuletzt in Hagenbecks Tierpark kämpfen die Beschäftigten darum, wieder von dem Schutz eines Tarifvertrages profitieren zu können“, so Chawla.

„Durch die Tariffucht der Unternehmen verdienen die Beschäftigten nicht nur weniger, sondern die Unternehmen verlieren auch

deutlich an Attraktivität für die dringend gesuchten Fachkräfte. Denn die Datenlage zeigt: Tarifverträge sichern Beschäftigung, fördern die Entgeltgerechtigkeit und gestalten aktiv die Veränderungen der Arbeitswelt unter dem Stichwort Transformation. Insbesondere die Steigerung der Kaufkraft niedriger und mittlerer Einkommen stärkt den Konsum und damit die Wirtschaftsleistung unseres Landes“, so die DGB-Vorsitzende.

Die DGB-Gewerkschaften erwarten, dass der gefährlichen Tariffucht ein Riegel vorgeschoben wird. Das erwartet auch die EU-Kommission: Deutschland hat noch bis November 2024 Zeit, um die Mindestlohnrichtlinie umzusetzen und einen Aktionsplan zu entwickeln mit dem Ziel, eine Tarifbindung von 80 Prozent zu erreichen. „Die Bundesrepublik, aber auch Hamburg als Stadtstaat sind davon weit entfernt. Deswegen starten wir jetzt unsere Kampagne ‚Eintreten für die Tarifwende‘. Zusätzlich wollen die Gewerkschaften im neuen Jahr ein Tariftreugesetz erreichen, das diesen Namen verdient. Öffentliche Fördergelder und Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gehen, die Tarifverträge anwenden“, so Hamburgs DGB-Vorsitzende.

## GUTE, GESUNDE ARBEIT

**Berlin //** Die Gesundheit der Beschäftigten in Deutschland hängt eng mit ihren Arbeitsbedingungen zusammen. Das hat die repräsentative Beschäftigtenbefragung Index Gute Arbeit 2023 des Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben. Die Resultate zeigen große Defizite bei betrieblichen Maßnahmen auf, mit denen Gefährdungen der Gesundheit vermieden werden sollen. Von wirksamen Maßnahmen des Arbeitgebers zur Belastungsreduzierung berichtet nur eine Minderheit: Bei körperlich schwerer Arbeit sind es 27 Prozent, beim Arbeiten unter Zeitdruck lediglich 14 Prozent. Nur 38 Prozent der Befragten gaben an, dass eine Gefährdungsbeurteilung für ihren Arbeitsplatz in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurde.

**Der ganze Bericht:**



## GESPRÄCHSRUNDE ZUR INKLUSION

**Hamburg //** Die nächste Gesprächsrunde Inklusion findet am Montag, 12. Februar, von 10:00 - 11:00 Uhr über ZOOM statt. Eine weitere Möglichkeit für die betrieblichen Interessenvertretungen, sich zu den Themen Inklusion und Teilhabe, Rehabilitation und Betriebliches Eingliederungsmanagement zu informieren. Die Teilnahme findet statt gemäß §§ 37.6 BetrVG, 46.6 BPersVG, 48.4 Hamb PersVG sowie 179.4 SGB IX.

**Infos und Anmeldungen:**



# Beschäftigte brauchen wirksame Prävention und Betriebsräte Sanktionsmöglichkeiten



Foto: iStockphoto/bluegame

**Berlin // Die Gesundheit der Beschäftigten in Deutschland hängt eng mit ihren Arbeitsbedingungen zusammen. Das hat die repräsentative Beschäftigtenbefragung Index Gute Arbeit 2023 des Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben.**

Die repräsentative Umfrage zeigt einen alarmierenden Zusammenhang: Je stärker die Arbeitsbelastungen ausgeprägt sind, desto schlechter werden Gesundheit und zukünftige

Arbeitsfähigkeit eingeschätzt. Von den Beschäftigten, die mehreren körperlichen und psychischen Belastungsfaktoren ausgesetzt sind, geben sogar nur 39 Prozent einen guten Gesundheitszustand an. Von wirksamen Maßnahmen des Arbeitgebers zur Belastungsreduzierung berichtet nur eine Minderheit der Betroffenen: Bei körperlich schwerer Arbeit sind es 27 Prozent, beim Arbeiten unter Zeitdruck lediglich 14 Prozent. Auch für Beschäftigte, die Lärm oder Belastungen durch Konflikte ausgesetzt sind, ist ein wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz die Ausnahme.

Ein zentrales Instrument der betrieblichen Prävention ist die Gefährdungsbeurteilung, zu deren Durchführung Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet sind. Doch nur 38 Prozent der Befragten gaben an, dass eine Gefährdungsbeurteilung für ihren Arbeitsplatz in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurde. Lediglich bei einer knappen Hälfte (47 Prozent) der durchgeführten Beurteilungen wurde arbeitsbedingter Stress berücksichtigt – und nur 18 Prozent der Befragten berichteten von einer vollständigen Gefährdungsbeurteilung für ihre Tätigkeit.



Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende: „Wertschätzung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zeigt sich insbesondere auch in der Wertschätzung ihrer Gesundheit.

Arbeit darf nicht krank machen. Wenn Unternehmen ihren gesetzlichen Pflichten im Arbeitsschutz nicht nachkommen, müssen Beschäftigte mit ihrer Gesundheit dafür bezahlen. Das ist nicht akzeptabel. Nicht für die Betroffenen – und auch nicht mit Blick auf einen Arbeitsmarkt, der unter einem Mangel an Fachkräften leidet.“

Bezirksleiter Jan Koltze: „Beschäftigte brauchen eine wirksame Prävention an den Wurzeln der Probleme und Betriebsräte sanktionierbare Regeln auch im Bereich psychischer Belastungen. Dabei würde endlich ein verbindliches Werkzeug wie eine Anti-Stress-Verordnung von Seiten der Politik helfen, damit Beschäftigte nicht weiter ausbrennen.“

Zudem: Die Digitalisierung lässt schwere Arbeit nicht verschwinden, die Arbeit mit und am Menschen nimmt zu. Dienstleistungsarbeit geht mit besonderen Belastungen einher. Es braucht mehr präventive und wirksame Maßnahmen für alle Tätigkeiten.

Der „DGB-Index Gute Arbeit“-Report zum Download: [→](#)



Foto: DGB/Benno Kraehahn

## MEHR HOMEOFFICE: WENIGER STRESS, ABER AUCH WENIGER KONTAKTE

In der chemisch-pharmazeutischen Industrie arbeiten Beschäftigte an durchschnittlich zwei bis drei Tagen pro Woche im Homeoffice. Das hat eine Studie des Fraunhofer-Instituts ergeben.

Etwa 16 Prozent der 585.000 Beschäftigten arbeiten mobil. Es ist auch eine Frage der Qualifikation: Je mehr Wissensarbeit, desto digitaler und damit mobiler die Arbeit.

Mehr als die Hälfte der 20.000 Befragten gab an, weniger sozialen Austausch zu haben, und knapp ein Viertel stellte weniger kreatives Zusammenarbeiten fest. Das kann längerfristig negative Folgen haben. Sinnvoll ist deshalb ein Mix aus mobiler und betrieblicher Arbeit.

### Weitere Ergebnisse:

Für 74 % der Mitarbeitenden geht die Arbeit von zu Hause häufig mit Stressreduktion, mehr Zeit für soziale Kontakte und besserer Vereinbarkeit von Arbeit und Privatem einher.

Aber: Mobile Arbeit kann zu einer fehlenden klaren Grenzziehung zwischen Arbeit und Privatleben führen. Mehr als ein Viertel der Befragten gab an, die Trennung von Beruflichem und Privatem als Herausforderung zu sehen; zudem ist häufiges mobiles Arbeiten mit einem kommunikativen Mehraufwand für Führungskräfte verbunden.

# Aus der Praxis für die Praxis: Vier neue Urteile mit Auswirkungen auf viele Beschäftigte

Alle Informationen nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewährleistung

## Dienstliche SMS in der Freizeit

Arbeitnehmer sind verpflichtet, in der Freizeit dienstliche SMS zu lesen, wenn eine Betriebsvereinbarung vorsieht, dass der Dienst auch kurzfristig angekündigt beziehungsweise konkretisiert werden darf. Kommt eine kurzfristige Änderung des Dienstplans am Vorabend für den Folgetag per SMS, weil der Chef den Mitarbeiter telefonisch nicht erreichen konnte, so darf der Arbeitgeber davon ausgehen, dass der Beschäftigte diese Nachrichten wahrnimmt. Konkret ging es hier um das Vorziehen des Dienstbeginns eines Rettungssanitäters von 7:30 Uhr auf 6:00 Uhr. Das Verhalten sei als unentschuldigtes Fehlen einzustufen, was eine Ermahnung rechtfertigt. Das Lesen einer SMS sei dem Mitarbeiter auch in der Freizeit zumutbar (Bundesarbeitsgericht, Az. 5 AZR 349/22).

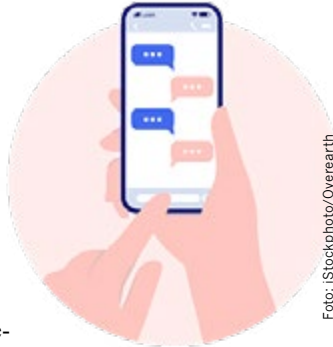


Foto: iStockphoto/Overearth

## Auftritt von Unternehmen in sozialen Medien

Seit dem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 13. Dezember 2016 ist in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung klar, dass ein Arbeitgeber beim Betrieb einer Facebook-Seite ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats zu berücksichtigen hat, sofern er es den Facebook-Usern ermöglicht, eigene Postings in dem sozialen Medium zu erstellen. Nach dem Bundesarbeitsgericht handelt es sich um eine technische Einrichtung gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz, die zur Überwachung der Beschäftigten bestimmt ist.



Foto: iStockphoto/makiev

## Mein Arbeitgeber beauftragt einen Headhunter – habe ich als Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht?



Foto: iStockphoto/Overearth

Auswahlrichtlinien, Personalfragebögen und auch die Einstellung neuer Mitarbeiter sind Sache des Betriebsrats und damit mitbestimmungspflichtig (§§ 93, 94, 95, 99 BetrVG). Zwar kann ein Headhunter bei der genauen Auswahl mitbestimmen, aber ohne den Betriebsrat geht hier gar nichts.

## Betriebsratsvorsitzender darf kein Datenschutzbeauftragter sein

Die Bestellung zum Datenschutzbeauftragten kann widerrufen werden, sofern für den Widerruf ein wichtiger Grund besteht. Anerkannt ist, dass unter anderem das Vorliegen eines Interessenkonflikts in der Person des Datenschutzbeauftragten ein wichtiger Grund sein kann. Das BAG hat mit Urteil vom 6. Juni 2023 (9 AZR 383/19) entschieden, dass typischerweise ein Interessenkonflikt besteht, wenn der Datenschutzauftrag und der Betriebsratsvorsitz durch dieselbe Person ausgeführt werden. Ein auf gestützter Wi-Bestellung zum beauftragten ist berechtigt.



Foto: iStockphoto/Abtop

**Gut zu wissen. IGBCE-Mitglieder genießen umfassendes Arbeitsrechtsschutz.**

**Ansprechpartner via Bezirk:**

**bezirk.hamburg@igbce.de, Tel.: 040 28 00 96-0**

NEU FÜR EUCH:



Illustration: iStock/StudioU

**1 WINTERDIENST DANK GEWÜRZGURKEN**

Niederbayerns Winterdienst nutzt überschüssiges Salzwasser aus der Gewürzgurken-Produktion von Develey Senf & Feinkost GmbH. Sie sammelt das Salzwasser, das bei der Produktion von Gewürzgurken übrig bleibt. Dieses wird entsprechend aufbereitet und in den Straßen rund um Dingolfing eingesetzt. So werden jedes Jahr mindestens 100 Tonnen Salz und 800.000 Liter Wasser an den Straßenmeistereien um Dingolfing eingespart. Das spart Geld und ist besser für die Umwelt.



Fotos: iStock/Kyryl Gorlov

**2 EISBÄRENFELL ALS PULLI**

Das Eisbärenfell und insbesondere die hohlen Fellhaare wurden zur Inspiration für chinesische Forscher, die eine Faser entwickelten, die isolierende Eigenschaften des Bärenpelzes nachahmt. Diese Kunstfaser ist ein mit Polyurethan beschichtetes Aerogel, das flexibel, waschbar und tragbar ist. Diese Faser könnte eines Tages für Kleidungsstücke verwendet werden, die leicht und strapazierfähig sein müssen – also für Sportbekleidung, Militäruniformen und Raumanzüge. Der große Vorteil: Tiere müssen dafür nicht ihr Leben lassen.



Fotos: iStock/larasik

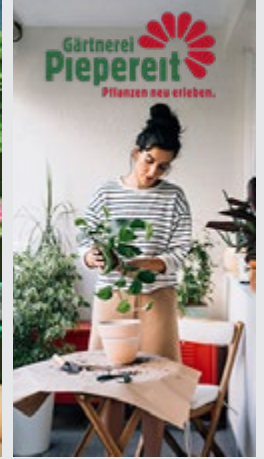
**3 MIKROBE DES JAHRES 2024**

Das Kabelbakterium Electronema ist zur „Mikrobe des Jahres 2024“ gewählt worden. Die stromleitende Mikrobe kann Ketten bilden und Schadstoffe in Gewässern abbauen. Ihre stromleitenden Proteinfasern machen sie für die Biomaterial-Elektronik interessant. Eine kommerzielle Umsetzung steht allerdings noch aus.



Fotos: iStock/VectorPoeket

IM MÄRZEN DIE GÄRTNER!



Fotos: iStock/vgajic (1)/FreshSplash (2)

Ob eigener Garten, Balkon oder Terrasse: Ab März wird wieder aufgeräumt, gejätet und gepflanzt. Wir nehmen den Trend zum Grünen auf und schenken unseren drei besten Werberinnen und Werbern je einen Gutschein über 30 Euro der renommierten Gärtnerei Pieperreit in Hamburg. Hier gibt es Produkte für langjährige Gartenfans ebenso wie für Neulinge in Sachen Pflanzen, die sich über Tipps und Anregungen freuen. Und wer weder Garten, Terrasse noch Balkon hat: Es gibt auch Topfpflanzen und Accessoires, schöne Dinge fürs Zuhause. <https://gaertnerei-pieperreit.de>

Wenn es um das künftige Grün oder Bunt im Garten, auf der Terrasse oder auf dem Balkon geht, haben aktuell gute Aussichten auf die Gutscheine: **Günther Prien** (Wintershall DEA AG), **Janika Stolze** (tesa SE) und **Julia Dietz** (SGS Laboratory Services Hamburg). Alle drei liegen gleichauf, sodass sich auch kurzfristig noch Veränderungen ergeben können.

**Hier sind die besten Werber\*innen des Monats Dezember:**

Zwölfmal die Chance auf 1 Million € haben unsere besten Werber\*innen aus dem Monat Dezember, denn sie bekommen als Dank für ihr Engagement Jahreslose der Aktion Mensch. Es sind:

- Nilüfer Salman** (Hanseatic Elastomer Components GmbH),
- Mehmet Zoroglu** (TRIMET Aluminium SE) und **Oliver Elsen** (Aluminium Oxid Stade GmbH).

**Da seid ihr dabei:** Die IG BCE verzeichnete im vergangenen Jahr gut 31.800 Eintritte – das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zuspruch liegt auf dem Niveau des bisherigen Rekordjahres 2011. Demografiebedingt sank die Mitgliederzahl dennoch unterm Strich um 1,3 Prozent auf 573.200. Ohne Rentenaustritte und Verstorbene hätte die Zahl 0,7 Prozent im Plus gelegen.



**Wird vom Bezirk ausgefüllt**

Mitgliedsnr. Werber\*in (7-stellig)

Bezirksnr. (3-stellig)

Beitragshöhe (5-stellig)

Betriebsnr. (7-stellig)

Ortsgruppennr. (6-stellig)

**BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG**

Vorname \*

Name \*

Geburtsdatum \*

Geschlecht \*

Nationalität (freiwillig)

Land

PLZ und Wohnort \*

Straße und Hausnummer \*

PRIVAT

E-Mail \*

Telefon/Mobil \*

DIENSTLICH

E-Mail

Telefon/Mobil

Eintrittsdatum IGBCE \*

Übertritt/Vorgewerkschaft

Eintrittsgrund

Mtl. Bruttoeinkommen/Eingruppierung \*

Vollzeit

Teilzeit

Beschäftigt bei \*

PLZ und Ort \*

Personalnummer

Abteilung

Werber\*in

**BERUFSGRUPPE (ZUTREFFENDES ANKREUZEN)**01  AT-Angestellte\*r08  Leiharbeiter02  Ausbilder\*in09  Leitende\*r Angestellte\*r03  Mitarbeiter\*in im Außendienst10  Meister\*in04  Beamter/Beamtin11  Chemotechniker\*in und05  Handwerker\*in und12  Angelernte, Hilfs-Facharbeiter

Facharbeiter\*in

13  Sonstige:06  Ingenieure Schüler\*in/Student\*in07  Kaufmännische Angest. und \_\_\_\_\_

Büroangest.

14  Technische\*r Angestellte\*r

Ausbildungsbeginn \*

Ausbildungsende \*

Art der Ausbildung

 Ausbildung Berufsvorbereitung Duales Studium**INFORMATIONEN ZUM DATENSCHUTZ**

Die IGBCE verarbeitet die Angaben in dieser Beitrittserklärung ausschließlich zu Zwecken der Mitgliederverwaltung, Mitgliederbetreuung, Mitgliederinformation, zur Beitragsberechnung und zum Beitragseinzug sowie zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben. Diese Angaben sind hierfür zwingend erforderlich; ohne ein vollständig ausgefülltes Formular kann die IGBCE die Beitrittserklärung nicht bearbeiten. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 9 Abs. 2 lit. d DS-GVO. Die Angaben werden zu den vorgenannten Zwecken von der IGBCE für die Dauer der Mitgliedschaft verarbeitet, ggf. auch darüber hinaus, soweit entsprechende gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt.

Sie haben das Recht, in dem nach Art. 15 ff. DS-GVO vorgesehenen Umfang, jederzeit Auskunft über Ihre von der IGBCE verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie deren Berichtigung oder Löschung zu verlangen. Sie haben überdies ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde. Ausführliche Hinweise zum Datenschutz finden Sie hier: <https://igbce.de/datenschutz-mitglied>. Fragen und Beschwerden bearbeitet auch der/die Datenschutzbeauftragte der IGBCE unter [datenschutz@igbce.de](mailto:datenschutz@igbce.de).

**BEITRITTSERKLÄRUNG**

Hiermit trete ich der IGBCE bei und erkenne die Satzung der IGBCE als für mich verbindlich an.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Beitrittsformular zutreffend sind und nehme den Datenschutzhinweis zur Kenntnis.

Ort und Datum \*

Unterschrift \*

\* verpflichtende Felder

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.

**IGBCE**

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE13BCE00000131364

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats

**Mandatsreferenz:** (Mandatsreferenz = Mitgliedsnummer)**SEPA-Lastschriftmandat**

Ich ermächtige die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

**Zahlungsweise (zum Ankreuzen)**

Die Mitgliedsbeiträge sind grds. monatlich, jeweils am 01. des Folgemonats fällig. Mit Zustimmung des jeweils zuständigen Bezirks kann eine Zahlung aber auch nach den unten angegebenen Zahlungsrhythmen erfolgen. Der Bezirk kann die Zustimmung jederzeit widerrufen.

 monatlich vierteljährlich 1. eines Monats halbjährlich 15. eines Monats jährlich

Name und Vorname (Kontoinhaber\*in)

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

IBAN

BIC

Ort und Datum

Unterschrift

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.